

Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten
(Informationspflicht nach Art. 13/14 DS-GVO – keine ausschließliche Direkterhebung beim Betroffenen)

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen
(Art. 13 Abs. 1 lit. a / Art. 14 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Verantwortlicher: Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt
Der Landrat
Schloßstraße 24
07318 Saalfeld

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Amt: Amt für öffentliche Ordnung und Sicherheit
Sachgebiet: SG Ausländerwesen
Kontakt:
Telefon 03671/ 823 240
Fax 03671/ 823 375
E-Mail auslaenderbehoerde@kreis-slf.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten
(Art. 13 Abs. 1 lit. b / Art. 14 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Postanschrift:	Kontakt:
Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt	Telefon 03671/ 823 559
Datenschutzbeauftragter	Fax 03671/ 823 964
Schloßstraße 24	E-Mail datenschutzbeauftragter@kreis-slf.de
07318 Saalfeld	

3. Zwecke der Datenverarbeitung
(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 1 / Art. 14 Abs. 1 lit. c HS 1 DS-GVO DS-GVO)

Ausstellung einer Verpflichtungserklärung nach dem Aufenthaltsgesetz § 66 -68 (AufenthG)

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung
(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 2 / Art. 14 Abs. 1 lit. c HS 2 DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage des §86, § 49 Abs.2 und § 66-68 des AufenthG. und dazu erlassene Verwaltungsvorschriften - Aufenthaltsverordnung (AufenthV).
jeweils unter den Maßgaben nach § 22 und 26 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)

5. Kategorien der personenbezogenen Daten
(Art. 14 Abs. 1 lit. d DS-GVO)

Von Ihnen werden folgende Kategorien von personenbezogenen Daten verarbeitet:

<input checked="" type="checkbox"/> Name	<input checked="" type="checkbox"/> Anschrift	<input checked="" type="checkbox"/> Kontaktdaten	<input checked="" type="checkbox"/> Geburtsdaten
<input checked="" type="checkbox"/> Staatsangehörigkeit	<input checked="" type="checkbox"/> Geschlecht	<input checked="" type="checkbox"/> Bankverbindung	

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern
(Art. 13 Abs. 1 lit. e / Art. 14 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern:

- innerhalb des Verantwortlichen: Kreiskasse zum Zweck Kosten- und Sicherheitsleistungseinzug
 - Auftragsverarbeiter: Softwaredienstleister: Axians Infoma GmbH, Hörvelsinger Weg 17-21, 89081 Ulm
 - Dritte (außerhalb des Verantwortlichen):
- Für die Bearbeitung eines Anliegens wie unter 3. genannt, werden Daten benötigt, die zu Ihrer Person bei anderen Behörden vorhanden sind.
- Darüber hinaus werden Ihre personenbezogenen Daten um über die Verpflichtungserklärung entscheiden zu können in schwierigen Fällen insbesondere bei einem geplant langfristigen Aufenthalt, um den Leistungsmißbrauch öffentlicher Mittel zu verhindern, weitergegeben an:
- Sozialbehörden (Träger der Grundsicherung – SGB II / JOBCENTER, Sozialamt- Leistung nach SGB XII) Prüfung der Sicherung des Lebensunterhaltes ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel ggf. auch Hilfe bei der Berechnung des Lebensunterhalts (mit anonymisierten Daten).
 - Sozialbehörden (Träger der Grundsicherung – SGB II / JOBCENTER, Sozialamt- Leistung nach SGB XII) in Fällen in denen ein Verpflichtungsempfänger Leistungen beantragt und eine Erstattung durch den Verpflichtungsgeber geprüft wird § 68 AufenthG

Ich bin damit einverstanden, dass zur Bearbeitung meines Antrages, insbesondere zur Prüfung der wirtschaftlichen Voraussetzungen (§ 66 – 68 AufenthG) durch die Ausländerbehörde Auskünfte von dem für mich nach dem Zweiten Buch des Sozialgesetzbuchs zuständigen Jobcenter bzw. Träger der Leistungen nach dem SGB II dem für meine unterhaltsberechtigten Kinder zuständigen Jugendamt bzw. Träger der Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz eingeholt werden können. Dies gilt nur für langfristige Aufenthalte (nationales Visum Kat. D oder Aufenthaltserlaubnis).

7. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

(Art. 13 Abs. 1 lit. f / Art. 14 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

In der Regel werden Ihre personenbezogenen Daten nicht an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

8. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

(Art. 13 Abs. 2 lit. a / Art. 14 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Die Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt bei Abgabe einer Verpflichtungserklärung für die Dauer 6 Jahre nach Ausreise der Eingeladenen Person 6 Jahre nach Ausreise der Eingeladenen Person

9. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

(Art. 13 Abs. 2 lit. b / Art. 14 Abs. 2 lit. c DS-GVO)

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DSGVO).

10. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. c / Art. 14 Abs. 2 lit. d DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beruht auf einer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO zur Beteiligung von Sozialbehörden im Verfahren. Daher haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

Die Nichterteilung der Einwilligung zur Auskunftserteilung von Sozialbehörden hat zur Folge, dass der Antrag nicht bearbeitet werden kann und Sie bei Fehlen der Behördenauskünfte die Auskünfte selbst beschaffen oder mit der Ablehnung Ihres Antrages rechnen müssen.

11. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

(Art. 13 Abs. 2 lit. d / Art. 14 Abs. 2 lit. e DS-GVO)

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tlfdi.de).

12. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

(Art. 13 Abs. 2 lit. e DS-GVO)

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist

gesetzlich vorgeschrieben vertraglich vorgeschrieben für einen Vertragsabschluss erforderlich.

Sie sind verpflichtet Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen:

ja nein

Die Folgen Ihrer Nichtbereitstellung sind: Die gesetzlichen Voraussetzungen für die beantragte aufenthaltsrechtliche Entscheidung können nicht festgestellt werden. Der Antrag muss abgelehnt werden.

13. Quelle der personenbezogenen Daten

(Art. 14 Abs. 2 lit. f DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten stammen aus folgenden Quellen:

Antragsformular; AZR (Ausländerzentralregister) – nur für nicht deutsche Staatsangehörige.

Ihre personenbezogenen Daten stammen nicht aus einer öffentlich zugänglichen Quelle.

14. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß

Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. f / Art. 14 Abs. 2 lit. g DS-GVO)

Eine Verarbeitung der personenbezogenen Daten für eine automatisierte Entscheidungsfindung durch das Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt findet nicht statt.

15. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

(Art. 13 Abs. 3 / Art. 14 Abs. 4 DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden.

Ich bestätige mit meiner Unterschrift die obenstehende Datenschutzbelehrung zur Kenntnis genommen zu haben.

Datum:

eigenhändige Unterschrift: